



Medienorientierung des Komitees „Nein zur Ferieninitiative“

Dienstag, 7. Februar 2012, 13.30 Uhr

im Sitzungszimmer des Thurgauer Gewerbeverbandes, Weinfelden (Th. Bornhauser-Str. 14).

Es gilt das gesprochene Wort.

### **Brigitte Häberli-Koller, Ständerätin, Bichelsee**

Die Initiative verlangt, dass alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer jährlich mindestens sechs Wochen bezahlte Ferien erhalten. Die Initianten wollen dazu eine entsprechende Änderung in der Bundesverfassung. Auf diese Weise will die Initiative Produktivitätsfortschritte der Schweizer Wirtschaft an die Arbeitnehmenden weitergeben. Nach Meinung des Initiativkomitees dienen mehr Ferien der Gesundheit der Arbeitnehmenden, bringen mehr Lebensqualität und tragen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie bei.

Bundesrat und Parlament empfehlen, die Initiative abzulehnen. Der Nationalrat und der Ständerat haben dazu mit 122 zu 61 bzw. mit 32 zu 10 Stimmen klare Entscheide gefällt. Abgelehnt wird die Initiative von allen bürgerlichen Parteien: CVP, GLP, BDP, FDP, SVP, den Wirtschaftsverbänden wie Arbeitgeberverband, economiesuisse, Gewerbeverband und zahlreichen Branchenverbänden.

Die geltende Regelung hat sich bewährt, wonach jede Arbeitnehmerin und jeder Arbeitnehmer heute in der Schweiz mindestens vier Wochen Ferien pro Jahr zugute hat und wer noch nicht 20 Jahre alt ist, hat Anspruch auf fünf Wochen. Dies ist das rechtliche Minimum. In vielen Arbeitsverträgen sind jedoch mehr Ferien vereinbart.

Die heutige Regelung lässt den Sozialpartnern die nötige Freiheit zu vereinbaren, wie auf gesteigerte Produktivität zu reagieren ist: mit höheren Löhnen, kürzeren Arbeitszeiten oder mehr Ferien. Ein Zwang zu mehr Ferien würde diesen Spielraum einschränken. Zudem lässt die Initiative offen, wie die längeren Ferienabwesenheiten aufzufangen wären, ob mit mehr Personal oder durch eine grössere Arbeitsbelastung der Arbeitnehmenden.

Diese Initiative gefährdet Arbeitsplätze und Wohlstand und schadet den KMU. Das liberale Schweizer Arbeitsrecht ist ein Erfolgsmodell und wichtig für die hohe Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Volkswirtschaft. Es erlaubt den Unternehmen, flexibel auf die Auftragslage zu reagieren und damit Arbeitsplätze zu erhalten. Längere Ferien bedeuten höhere Lohnkosten, was zu Verlagerungen von Arbeitsplätzen ins Ausland führt.

„Mehr Ferien und der Job geht baden!“ Dieser Satz bringt die Gefährlichkeit der Initiative auf den Punkt. Deshalb NEIN zur Ferieninitiative!

Brigitte Häberli-Koller

Ständerätin

Co-Präsidentin Komitee Ferieninitiative NEIN